

Gesellschafter-Beschlüsse 2018

Inhalt

1. Beschluss über die Änderung des Geschäftsführer-Anstellungsvertrages zum Abfindungsanspruch des Geschäftsführers
2. Beschluss über die Neufassung der Regelung zum Ausscheiden eines Gesellschafters
3. Beschluss über eine Satzungsänderung zur Regelung des Anspruchs auf Aufwandsentschädigung der Vorstände
4. Beschluss über die Änderung des Geschäftsführer-Anstellungsvertrages zum nachvertraglichen Wettbewerbsverbot des Geschäftsführers
5. Beschluss über eine Kapitalerhöhung der UG aus der gesetzlichen Gewinnrücklage
6. Beschluss über die Änderung der Firma der Unternehmergesellschaft
7. Beschluss zur Feststellung des Jahresabschluss in der großen GmbH (Bilanz, Anhang, GuV, Lagebericht) und Beschluss über die Verwendung des Gewinns
8. Beschluss über die Entlastung des Geschäftsführers
9. Beschluss zur Feststellung des Jahresabschluss in der kleinen und mittelgroßen GmbH (Bilanz, verkürzter Anhang)
10. Beschluss über die Feststellung des Jahresabschlusses und über die Verwendung des Gewinns in der Unternehmergesellschaft (§ 5a Abs. 3 Satz 1 GmbHG)

1. Beschluss über die Änderung des Geschäftsführer-Anstellungsvertrages zum Abfindungsanspruch des Geschäftsführers

Der Vorsitzende stellt fest:

- 1.) Die heutige Gesellschafterversammlung ist durch Einschreiben der Geschäftsführung vom <DATUM> an alle Gesellschafter der <FIRMA> unter Mitteilung der Tagesordnung fristgerecht einberufen worden.
- 2.) Das Stammkapital der Gesellschaft von <BETRAG> EUR ist in Höhe von <BETRAG> EUR mit <ZAHL> von insgesamt <ZAHL> Stimmen vertreten. Die Versammlung ist somit beschlussfähig (§ 51 GmbHG).

Die Gesellschafter der <FIRMA> beschließen wie folgt:

§ <ZIFFER, ABSATZ, SATZ> des Anstellungsvertrages des Geschäftsführers <VORNAME, NAME> vom <DATUM DES VETRAGSSCHLUSSES> wird geändert/eingefügt:

- (1) Im Falle einer ordentlichen Kündigung erhält der Geschäftsführer eine Abfindung.
- (2) Die Höhe bemisst sich nach der Anzahl seiner Tätigkeitsjahre. Dabei erhält der Geschäftsführer für jedes volle Geschäftsjahr eine Abfindung in Höhe eines Monatsbruttogehalts, wie es zum Zeitpunkt seines Ausscheidens gezahlt wird.
- (3) Die Abfindung wird fällig einen Monat nach Beendigung des Anstellungsverhältnisses.
- (4) Die GmbH und der Geschäftsführer können über den Zeitpunkt der Zahlung der Abfindung auch nach freiem Ermessen einverständlich entscheiden.
- (5) Legt der Geschäftsführer wegen der Kündigung des Anstellungsvertrages oder wegen seines Ausscheidens Rechtsmittel ein, wird die Abfindung erst mit der Erledigung der Rechtssache fällig.

Der Beschluss wird mit einer Mehrheit von <ZAHL> Stimmen bei <ZAHL> Gegenstimmen und <ZAHL> Enthaltungen gefasst.

2. Beschluss über die Neufassung der Regelung zum Ausscheiden eines Gesellschafters

Der Vorsitzende stellt fest:

- 1.) Die heutige Gesellschafterversammlung ist durch Einschreiben der Geschäftsführung vom <DATUM> an alle Gesellschafter der <FIRMA> unter Mitteilung der Tagesordnung fristgerecht einberufen worden.
- 2.) Das Stammkapital der Gesellschaft von <BETRAG> EUR ist in Höhe von <BETRAG> EUR mit <ZAHL> von insgesamt <ZAHL> Stimmen vertreten. Die Versammlung ist somit beschlussfähig (§ 51 GmbHG).

Die Gesellschafter der <FIRMA> beschließen wie folgt:

§ <ZIFFER, ABSATZ, SATZ> des Gesellschaftsvertrages der <FIRMA> wird geändert/eingefügt:

- (1) In allen Fällen des Ausscheidens eines Gesellschafters, gleich aus welchem Rechtsgrunde, wird der Wert des Geschäftsanteils nach dem vereinfachten Ertragswertverfahren ermittelt.

Der Beschluss wird mit einer Mehrheit von <ZAHL> Stimmen bei <ZAHL> Gegenstimmen und <ZAHL> Enthaltungen gefasst.

3. Beschluss über eine Satzungsänderung zur Regelung des Anspruchs auf Aufwandsentschädigung der Vorstände

Der Vorsitzende stellt fest:

- 1.) Die heutige Gesellschafterversammlung ist durch Einschreiben der Geschäftsführung vom <DATUM> an alle Gesellschafter der <FIRMA> unter Mitteilung der Tagesordnung fristgerecht einberufen worden.
- 2.) Das Stammkapital der Gesellschaft von <BETRAG> EUR ist in Höhe von <BETRAG> EUR mit <ZAHL> von insgesamt <ZAHL> Stimmen vertreten. Die Versammlung ist somit beschlussfähig (§ 51 GmbHG).

Die Gesellschafter der <FIRMA> beschließen wie folgt:

§ <ZIFFER, ABSATZ, SATZ> der Satzung der <FIRMA> vom <DATUM DES VETRAGSSCHLUSSES> wird geändert/eingefügt:

- (1) Der Geschäftsführer wird auf der Grundlage eines Anstellungsvertrages tätig und erhält für seine Tätigkeit eine angemessene Vergütung.
- (2) Die Gesellschaft erstattet den Geschäftsführern der <FIRMA> neben der Vergütung aus dem Anstellungsvertrag Aufwandsentschädigungen in angemessener Höhe als Ersatz für tatsächlich entstandene Ausgaben.
- (3) Die Gesellschaft ist berechtigt, eine pauschale Aufwandsentschädigung in angemessener Höhe zu zahlen.

Der Beschluss wird mit einer Mehrheit von <ZAHL> Stimmen bei <ZAHL> Gegenstimmen und <ZAHL> Enthaltungen gefasst.

4. Beschluss über die Änderung des Geschäftsführer-Anstellungsvertrages zum nachvertraglichen Wettbewerbsverbot des Geschäftsführers

Der Vorsitzende stellt fest:

- 1.) Die heutige Gesellschafterversammlung ist durch Einschreiben der Geschäftsführung vom <DATUM> an alle Gesellschafter der <FIRMA> unter Mitteilung der Tagesordnung fristgerecht einberufen worden.
- 2.) Das Stammkapital der Gesellschaft von <BETRAG> EUR ist in Höhe von <BETRAG> EUR mit <ZAHL> von insgesamt <ZAHL> Stimmen vertreten. Die Versammlung ist somit beschlussfähig (§ 51 GmbHG).

Die Gesellschafter der <FIRMA> beschließen wie folgt:

§ <ZIFFER, ABSATZ, SATZ> des Anstellungsvertrages des Geschäftsführers <VORNAME, NAME> vom <DATUM DES VETRAGSSCHLUSSES> wird geändert/eingefügt:

- (1) Der Geschäftsführer unterliegt einem nachvertraglichen Wettbewerbsverbot.
- (2) Der Geschäftsführer verpflichtet sich, für die Dauer von <ANZAHL> Jahren nach Beendigung dieses Vertrages weder in selbständiger, unselbständiger Stellung oder in sonstiger Weise für ein Unternehmen tätig zu werden, welches mit der Gesellschaft in direktem oder indirektem Wettbewerb steht. Weiterhin ist es ihm untersagt, für die Dauer von <ANZAHL> Jahren nach Beendigung dieses Vertrages ein solches Konkurrenzunternehmen zu errichten, zu erwerben oder sich hieran unmittelbar oder mittelbar zu beteiligen.
- (3) Dieses Wettbewerbsverbot gilt für das Gebiet der Bundesrepublik Deutschland.

- (4) Das Wettbewerbsverbot erstreckt auch auf Geschäfte mit den aktiven und passiven Kunden der <FIRMA> und auf Geschäfte mit den Kunden der <MUTTER GESELLSCHAFT, DEREN VERBUNDENE UNTERNEHMEN UND TOCHTERGESELLSCHAFTEN), zu denen der Geschäftsführer in seiner Stellung als Geschäftsführer der <FIRMA> im geschäftlichem Kontakt stand.
- (5) Für die Dauer dieses nachvertraglichen Wettbewerbsverbotes verpflichtet sich die Gesellschaft, dem Geschäftsführer eine Entschädigung in Höhe von <PROZENTSATZ> % seiner innerhalb der letzten <ANZAHL> Monate vor seinem Ausscheiden durchschnittlich bezogenen monatlichen Vergütung zu zahlen. Die Zahlung ist jeweils am <TAG> eines Monats fällig.
- (6) Auf die Entschädigung gemäß Abs. 5 sind diejenigen Einkünfte anzurechnen, die der Geschäftsführer während der Dauer des nachvertraglichen Wettbewerbsverbotes aus selbständiger, unselbständiger oder sonstiger Erwerbstätigkeit erzielt oder zu erzielen unterlässt. Zu den anzurechnenden Einkünften zählt auch ein ggf. vom Geschäftsführer bezogenes Arbeitslosengeld. Auf Verlangen der Gesellschaft ist der Geschäftsführer verpflichtet, Auskunft über die Höhe seiner Einkünfte zu erteilen.
- (7) Wird dieser Vertrag durch den Eintritt des Geschäftsführers in den Ruhestand beendet, finden die vorstehenden Absätze 5 bis 6 keine Anwendung.
- (8) Die Gesellschaft kann auf die Einhaltung des nachvertraglichen Wettbewerbsverbotes durch schriftliche Erklärung gegenüber dem Geschäftsführer verzichten. In diesem Fall endet die Verpflichtung zur Zahlung der Karenzentschädigung mit Ablauf von <ANZAHL> Monaten nach Abgabe der Erklärung.
- (9) Im Falle einer außerordentlichen Kündigung des Vertrages steht dem Kündigungsberechtigten das Recht zu, innerhalb <ANZAHL> Monates/(Monaten) nach Ausspruch der außerordentlichen Kündigung durch schriftliche Erklärung gegenüber dem anderen Teil das nachvertragliche Wettbewerbsverbot aufzuheben.
- (10) Für jeden Fall des Verstoßes gegen das nachvertragliche Wettbewerbsverbot wird eine Vertragsstrafe fällig. Die Vertragsstrafe beträgt 5.000 € für jeden einzelnen Fall der Verletzung des Wettbewerbsverbotes.
- (11) Im Falle der Vertragsverletzung ist der Gesellschaft der entstandene Schaden zu erstatten. Der Schaden bemisst sich nach dem aus dem Wettbewerbsverstoß erzielten Umsatz. Dieser ist der <FIRMA> in voller Höhe zu vergüten.

Der Beschluss wird mit einer Mehrheit von <ZAHL> Stimmen bei <ZAHL> Gegenstimmen und <ZAHL> Enthaltungen gefasst.

5. Beschluss über eine Kapitalerhöhung der UG aus der gesetzlichen Gewinnrücklage

Der Vorsitzende stellt fest:

- 1.) Die heutige Gesellschafterversammlung ist durch Einschreiben der Geschäftsführung vom <DATUM> an alle Gesellschafter der <FIRMA> unter Mitteilung der Tagesordnung fristgerecht einberufen worden.
- 2.) Das Stammkapital der Gesellschaft von <BETRAG> EUR ist in Höhe von <BETRAG> EUR mit <ZAHL> von insgesamt <ZAHL> Stimmen vertreten. Die Versammlung ist somit beschlussfähig (§ 51 GmbHG).

Die Gesellschafter der <FIRMA> beschließen wie folgt:

Das Stammkapital gemäß § <ZIFFER> des Gesellschaftsvertrages der <FIRMA> vom <DATUM> wird von <BETRAG> <IN WORTEN> um den Betrag von <BETRAG> <IN WORTEN> aus der gesetzlichen Gewinnrücklage gemäß § 5a GmbHG Abs. 3 Satz 1 auf 25.000 EUR (fünfundzwanzigtausend Euro) erhöht.

§ <ZIFFER> des Gesellschaftsvertrages der <FIRMA> wird geändert in:

Das Stammkapital beträgt 25.000 EUR (IN WORTEN) Euro.

Davon entfallen:

Auf den Gesellschafter A: <BETRAG <IN WORTEN> EUR.

Auf den Gesellschafter B: <BETRAG <IN WORTEN> EUR.

Der Beschluss wird mit einer Mehrheit von <ZAHL> Stimmen bei <ZAHL> Gegenstimmen und <ZAHL> Enthaltungen gefasst.

6. Beschluss über die Änderung der Firma der Unternehmergeellschaft

Der Vorsitzende stellt fest:

1.) Die heutige Gesellschafterversammlung ist durch Einschreiben der Geschäftsführung vom <DATUM> an alle Gesellschafter der <FIRMA> unter Mitteilung der Tagesordnung fristgerecht einberufen worden.

2.) Das Stammkapital der Gesellschaft von <BETRAG> EUR ist in Höhe von <BETRAG> EUR mit <ZAHL> von insgesamt <ZAHL> Stimmen vertreten. Die Versammlung ist somit beschlussfähig (§ 51 GmbHG).

Die Gesellschafter der <FIRMA> beschließen wie folgt:

§ <ZIFFER, ABSATZ, SATZ> der Satzung der <FIRMA> vom <DATUM DES VETRAGSSCHLUSSES> wird geändert:

(1) Die Firma der Gesellschaft lautet <VOR-FIRMA> GmbH.

Der Beschluss wird mit einer Mehrheit von <ZAHL> Stimmen bei <ZAHL> Gegenstimmen und <ZAHL> Enthaltungen gefasst.

7. Beschluss zur Feststellung des Jahresabschlusses und Beschluss zur Verwendung des Gewinns in der großen GmbH

Der Vorsitzende stellt fest:

1.) Die heutige Gesellschafterversammlung ist durch Einschreiben der Geschäftsführung vom <DATUM> an alle Gesellschafter der <FIRMA> unter Mitteilung der Tagesordnung fristgerecht einberufen worden.

2.) Das Stammkapital der Gesellschaft von <BETRAG> EUR ist in Höhe von <BETRAG> EUR mit <ZAHL> von insgesamt <ZAHL> Stimmen vertreten. Die Versammlung ist somit beschlussfähig (§ 51 GmbHG).

Die Gesellschafter der <FIRMA> beschließen wie folgt:

Der Geschäftsführer/die Geschäftsführer hat/haben den Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 20.. zum 31.03.20.. vorgelegt. Dieser wurde vom Wirtschaftsprüfer/ von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft <NAME> geprüft und mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen. Der geprüfte Jahresabschluss wird festgestellt.

Der ausgewiesenen Reingewinn von <BETRAG> <IN WORTEN> EUR wird wie folgt auf die Gesellschafter verteilt:

1.) Gesellschafter <MUSTER A> erhält auf seinen Geschäftsanteil von <BETRAG> <IN WORTEN> EUR erhält einen Betrag von <BETRAG> <IN WORTEN> EUR .

2.) Gesellschafter <MUSTER B> erhält auf seinen Geschäftsanteil von <BETRAG> <IN WORTEN> EUR erhält einen Betrag von <BETRAG> <IN WORTEN> EUR.

Der restliche Reingewinn in Höhe von <BETRAG> EUR wird als Gewinnrücklage einbehalten und in der Bilanz ausgewiesen.

Der Beschluss wird mit einer Mehrheit von <ZAHL> Stimmen bei <ZAHL> Gegenstimmen und <ZAHL> Enthaltungen gefasst.

8. Beschluss über die Entlastung des Geschäftsführers

Der Vorsitzende stellt fest:

1.) Die heutige Gesellschafterversammlung ist durch Einschreiben der Geschäftsführung vom <DATUM> an alle Gesellschafter der <FIRMA> unter Mitteilung der Tagesordnung fristgerecht einberufen worden.

2.) Das Stammkapital der Gesellschaft von <BETRAG> EUR ist in Höhe von <BETRAG> EUR mit <ZAHL> von insgesamt <ZAHL> Stimmen vertreten. Die Versammlung ist somit beschlussfähig (§ 51 GmbHG).

Die Gesellschafter der <FIRMA> beschließen wie folgt:

Dem Geschäftsführer <NAME> wird Entlastung für das Geschäftsjahr <JAHR> erteilt und das Vertrauen für die zukünftige Zusammenarbeit ausgesprochen.

Der Beschluss wird mit einer Mehrheit von <ZAHL> Stimmen bei <ZAHL> Gegenstimmen und <ZAHL> Enthaltungen gefasst.

9. Beschluss zur Feststellung des Jahresabschlusses und Beschluss zur Verwendung des Gewinns in der kleinen GmbH

Der Vorsitzende stellt fest:

1.) Die heutige Gesellschafterversammlung ist durch Einschreiben der Geschäftsführung vom <DATUM> an alle Gesellschafter der <FIRMA> unter Mitteilung der Tagesordnung fristgerecht einberufen worden.

2.) Das Stammkapital der Gesellschaft von <BETRAG> EUR ist in Höhe von <BETRAG> EUR mit <ZAHL> von insgesamt <ZAHL> Stimmen vertreten. Die Versammlung ist somit beschlussfähig (§ 51 GmbHG).

Die Gesellschafter der <FIRMA> beschließen wie folgt:

Der Geschäftsführer/die Geschäftsführer hat/haben den Jahresabschluss für das Geschäftsjahr <JAHR> zum <DATUM> vorgelegt. Der Jahresabschluss wird festgestellt.

Der ausgewiesenen Reingewinn von <BETRAG> EUR wird wie folgt auf die Gesellschafter verteilt:

1.) Gesellschafter <MUSTER A> erhält auf seinen Geschäftsanteil von <BETRAG> <IN WORTEN> EUR erhält einen Betrag von <BETRAG> <IN WORTEN> EUR .

2.) Gesellschafter <MUSTER B> erhält auf seinen Geschäftsanteil von <BETRAG> <IN WORTEN> EUR erhält einen Betrag von <BETRAG> <IN WORTEN> EUR.

Der verbleibende Reingewinn in Höhe von <BETRAG> <IN WORTEN> EUR wird als Gewinnrücklage einbehalten und in der Bilanz ausgewiesen.

Der Beschluss wird mit einer Mehrheit von <ZAHL> Stimmen bei <ZAHL> Gegenstimmen und <ZAHL> Enthaltungen gefasst.

10. Beschluss zur Feststellung des Jahresabschlusses und Beschluss zur Verwendung des Gewinns in der Unternehmungsgesellschaft (§ 5a Abs.3 Satz 1 GmbHG)

Der Vorsitzende stellt fest:

1.) Die heutige Gesellschafterversammlung ist durch Einschreiben der Geschäftsführung vom <DATUM> an alle Gesellschafter der <FIRMA> unter Mitteilung der Tagesordnung fristgerecht einberufen worden.

2.) Das Stammkapital der Gesellschaft von <BETRAG> EUR ist in Höhe von <BETRAG> EUR mit <ZAHL> von insgesamt <ZAHL> Stimmen vertreten. Die Versammlung ist somit beschlussfähig (§ 51 GmbHG).

Die Gesellschafter der <FIRMA> beschließen wie folgt:

Der Geschäftsführer/die Geschäftsführer hat/haben den Jahresabschluss für das Geschäftsjahr <JAHR> zum <DATUM> vorgelegt. Der Jahresabschluss wird festgestellt.

25 % des ausgewiesenen Gewinns der <FIRMA> wird in die gesetzliche Rücklage gemäß § 5 a Abs. 3 Satz 1 GmbHG eingestellt.

Der verbleibende Reingewinn von <BETRAG> <IN WORTEN> EUR wird wie folgt auf die Gesellschafter verteilt:

1.) Gesellschafter <MUSTER A> erhält auf seinen Geschäftsanteil von <BETRAG> <IN WORTEN> EUR erhält einen Betrag von <BETRAG> <IN WORTEN> EUR .

2.) Gesellschafter <MUSTER B> erhält auf seinen Geschäftsanteil von <BETRAG> <IN WORTEN> EUR erhält einen Betrag von <BETRAG> <IN WORTEN> EUR.

Der Beschluss wird mit einer Mehrheit von <ZAHL> Stimmen bei <ZAHL> Gegenstimmen und <ZAHL> Enthaltungen gefasst.